

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 288 A

BERLIN • Donnerstag, den 5. Januar 1933

2. JAHRGANG

AUS DEM INHALT:

Wer hilft den mißhandelten Chinesen?
Ausbau der japanischen Schwerindustrie.
Der wahre Charakter des Wehrsports.
Amtliche Lohnraub-Statistik.
Aus der Gewerkschaftsbewegung.
Der Streit um Neudeck.

Was steckt hinter den Hochschulkonflikten?

B. E. Man sollte sich freuen, daß es Menschen gibt, die sich, ungeachtet aller persönlichen Opfer, trotz mehrjähriger Verbannung, trotz Hunger, Kälte, Zuchthaus, Gefängnis und drohendem Tod bereit fanden und bereit finden, entschieden gegen das schreiende Unrecht zu kämpfen, die dagegen kämpfen, daß die Armen verhungern und an Seuchen sterben, während die Reichen in Luxus prassen können. Solche Menschen, also Menschen, die, kurz gesagt das tun, was sich für anständige und vernünftige Wesen von selber versteht, gibt es wirklich: Es gibt Revolutionäre, d. h. Menschen, die die Gesellschaft so radikal umstürzen wollen, daß nicht mehr das Unrecht, sondern das Recht herrschend wird.

Daneben gibt es andere, die diesem Kampf fürs Recht ziemlich gleichgültig gegenüberstehen, die also das, was sie eigentlich tun sollten, nicht tun. — Wenn nun aber der eine oder der andere aus dieser Schicht der Gleichgültigen sich besinnt, und — nicht etwa selber ein Revolutionär wird, sondern nur ganz zaghaft anzudeuten versucht, daß es eigentlich ein Skandal und eine grobe Gemeinheit ist, wenn man die Revolutionäre, wenn man z. B. Trotzki so schäbig behandelt, dann erhebt sich sogleich die ganze Meute jener kulturlosen und barbareiliebenden Reaktionen, die jeden hassen, der auch nur das Geringste unternimmt, um einem Menschen zu helfen, der die verbrecherische Gesellschaftsordnung bekämpft. Das ist der Fall Cohn in Breslau. Prof. Cohn hatte es bekanntlich zu sagen gewagt, daß man Trotzki doch nicht so ohne weiteres das Asylrecht verweigern dürfe.

Es bleibt nunmehr nicht nur das Unrecht an Trotzki bestehen, das Unrecht an einem Manne, der mehr für die Menschheit getan hat, als die Gesamtheit der Hörer und Lehrer an der Breslauer Universität, einem Menschen, der zweimal die Entbehrenen der Verbannung auf sich nehmen mußte, während seine Feinde in Deutschland ein Spießerdasein führten. Ueber diese Schmach hinaus werden diejenigen, die sich gegen die Behandlung Trotzki auflehnen, mundtot zu machen versucht. Gleichsam um dem Skandal die Krone aufzusetzen, gibt es selbst unter denen, die fortschrittlich zu sein vorgeben, genug, die wie z. B. die „Frankfurter Zeitung“, Prof. Cohn sagen, „es wäre praktischer gewesen“, den Mund zu halten, „da man sich doch sagen konnte, daß die Gegner Cohns jede Möglichkeit gegen ihn ausnützen würden“. Es wäre praktischer gewesen! Das kennzeichnet die ganze Gesinnung unserer Demokraten.

Es gab auch einen Fall Gumbel. Da Gumbel ebenso wie Trotzki gegen die Barbarei kämpfte, sich über den Massenmord empörte, weil er seine Kraft einsetzte, um zu verhindern, daß noch einmal Millionen von Menschen im Interesse des kapitalistischen Systems auf brutale Weise abgeschlachtet werden, darum mußte er vom akademischen Pöbel bekämpft und fortgejagt werden.

Durch diese Ereignisse wird deutlich genug bewiesen, daß es auf unseren Hochschulen verboten ist, die Wahrheit über unsere Gesellschaftsordnung zu sagen, und daß es noch strenger verboten ist, soviel Wahrheitsliebe zu besitzen, daß man aus dieser Erkenntnis über unsere Gesellschaftsordnung auch die praktischen Konsequenzen zieht. Kurzum: Der Hochschullehrer darf seinem Beruf, der Erforschung der Wahrheit, nicht frei nachgehen. Es gibt keine Freiheit der Forschung und Lehre. Nur eine Freiheit wird dem Hochschullehrer gern zugebilligt: Die Freiheit, für das Unrecht einzutreten. Das ist keine Uebertreibung, sondern jeder kann sich leicht davon überzeugen. Man lese nur, was unsere Studentenzeitungen und andere reaktionäre Blätter über Hochschulfragen schreiben. Da heißt es: Wir sind für Freiheit der Forschung und Lehre, aber selbstverständlich gehören an unsere nationalen Hochschulen nur Lehrer mit nationaler Gesinnung. Das soll also bedeuten, man will nur Lehrer, die für die Vorherrschaft der deutschen Nation eintreten, denen das Schicksal der Ausgebeuteten anderer Länder gleichgültig ist, die für Wehrsport, Arbeitsdienstpflicht und andere Kriegsvorbereitungen zu haben sind. Also: Freiheit der Forschung

Eine machtvolle Einheits-Demonstration.



Kampfverband gegen den Faschismus und das Reichsbanner marschierten unter Fahnen mit Sowjetsternen und dem Drei-Pfeile-Zeichen. Jugendgenossen der Kommunistischen Jugend und der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend trugen Transparente: „Organisiert den Klassenkampf gegen Terror“. Arbeiterfrauen, Angestellte, das ganze werktätige Lichtenrade marschierte im Zug und umsäumte die Straße.“
Am Mordplatz sprach der Bezirksleiter des Kampfverbandes

Am Dienstag abend fand in Lichtenrade bei Berlin eine große und eindrucksvolle Protestdemonstration der geeinten Arbeiterschaft statt. Ein Zug von mehreren Tausend Arbeitern bewegte sich durch die Straßen und marschierte zu der Stelle, wo der von Faschisten meuchlings ermordete Genosse Hermann verblutet war.

Die „Rote Fahne“ berichtet darüber:

„Kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter, Kameraden des Kampfverbandes gegen den Faschismus und das Reichsbanner marschierten unter Fahnen mit Sowjetsternen und dem Drei-Pfeile-Zeichen. Jugendgenossen der Kommunistischen Jugend und der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend trugen Transparente: „Organisiert den Klassenkampf gegen Terror“. Arbeiterfrauen, Angestellte, das ganze werktätige Lichtenrade marschierte im Zug und umsäumte die Straße.“

Am Mordplatz sprach der Bezirksleiter des Kampfverbandes

gegen den Faschismus, Genosse Schinke. Er forderte die Arbeiter zur einheitlichen Abwehr des Nazi-Terrors auf und rief ihnen zu:

„Reichsbanner-Arbeiter, Kameraden des Kampfverbandes, schließt mit allen Arbeitern die Front einer festen Massenselbstschutzkolonne und schlägt den Faschismus zurück.“

Nach dem Vertreter der „Antifaschistischen Aktion“ sprach der örtliche Führer des „Reichsbanners“, das ebenfalls einen verletzten Kameraden zu beklagen hatte, Genosse Pottschin:

„An der Stelle, wo unsere Opfer gefallen sind, soll uns das Arbeiterblut zusammenschweißen. Ich hoffe, daß der Tag nicht fern liegt, wo die Arbeiterklasse einheitlich gegen ihre Unterdrücker kämpft und sie besiegt.“

Nach diesen Ansprachen wurden rote Feuer auf dem Platze abgebrannt. Der Zug marschierte weiter vor das Haus der Eltern des Ermordeten; dort trat der Vater des Toten, der alte Eisenbahner Hermann, unter dem allgemeinen Schweigen der Tausende an die Spitze des Zuges, der dann nach dem Versammlungslokal marschierte, wo die Protestaktion unter weiteren Ansprachen ihren Abschluß fand.

Der Raubzug Japans geht weiter.

Gu-n. In den Straßen von Schanghai, der ersten von den japanischen imperialistischen Räubern besetzten Stadt des alten China, liegen die Leichen von mehreren Hundert chinesischen Soldaten und Zivilisten. „Nur noch ein rauchender Trümmerhaufen“ — so beschreiben Pekingische Meldungen den Zustand der überfallenen Stadt. Wieweit diese Worte passen, läßt sich kaum entscheiden; jedenfalls aber sind mehrere Tausend Mann japanischer Truppen eingesetzt gewesen, mehrere Bomben-Flugzeuge und Kriegsschiffe, an zwei Dutzend Kanonen. Und die Eroberung der Stadt geschah nicht ohne Kampf. Es wird gemeldet, daß trotz vorübergehender Beschießung durch Artillerie der erste japanische Sturmangriff auf die Stadt von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden sei, sodaß erst in einem zweiten Sturmangriff die Besetzung gelang. Sicher hat ein solcher Kampf erhebliche Spuren hinterlassen.

Drei Kilometer von Schanghai in Richtung Peking ist die Eisenbahnbrücke gesprengt worden. Natürlich läßt sich noch nicht sicher sagen, von wem; die Japaner behaupten: von chinesischen Truppen.

Drei japanische Kriegsschiffe, die von Port Arthur und Tsingtau nach Tsinwangtau, dem unmittelbar bei Schanghai gelegenen Hafen, beordert waren, wurden dort von chinesischen Truppen an der Landung japanischer Truppen gehindert.

Die Japaner setzen die Heranholung weiterer Truppen nach Nordchina fort:

die 4. Torpedoflotte in Sasebo soll auslaufen (Sasebo ist einer der dem chinesischen Kampfgebiet nächstgelegenen Häfen im eigentlichen Japan, ganz im Süden). Das japanische Kriegsministerium hat das bevorstehende Eintreffen japanischer Kriegsschiffe in Tientsin — der am nächsten an Peking liegenden Hafenstadt — angekündigt.

Hand in Hand mit energischer Weiterführung des militärischen Raubzuges betreiben die Räuber eifrig Manöver der Lüge: die japanischen Darstellungen über die Schuldfrage

überstürzen sich. Es hat keinen Zweck, jetzt auf sie einzugehen — ihr Zuverlässigkeitsgrad ist Null. Wir behalten uns vor, im Interesse der Festnagelung der Wahrheit demnächst die eindeutig feststehenden Tatsachen noch einmal im Zusammenhang mitzuteilen.

Zu den offensichtlich verlogenen Vertuschungsmanövern gehört auch die japanische Meldung, daß in Schanghai (wo die Leichen der Chinesen auf der Straße liegen) „Friedensverhandlungen“ zwischen Japanern und Chinesen stattfänden; gehört die Einladung des japanischen Gesandten in Peking, Ariyoshi —, wie es heißt, eines der rührigsten Provokateure und Separatisten-Ermunterer in China — an die chinesische Regierung „zu Verhandlungen mit Japan den ersten Schritt zu tun“.

Ueberzeugender als diese Verhöhnungen des Rechts wirkt eine

Erklärung des japanischen Kriegsministers A r a k i, vom Dienstag: Die Ereignisse seien so weit getrieben worden, daß Japan nichts weiter übrig bleibe, als die Ereignisse ihren Lauf nehmen zu lassen.

Die japanische Regierung habe genug gewarnt.

Die Bedeutung dieser Erklärung ist kurz: Auf jeden Fall werden wir (imperialistischen japanischen Räuber) marschieren!

Nach einer japanischen Meldung sind die Kommandeure der in Tientsin liegenden ausländischen Truppen (auch Amerikaner?) im Hauptquartier der japanischen Garnison zu einer Beratung zusammengetreten, über die Frage, was anlässlich der Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Schanghai geschehen solle. Die Japaner berufen sich darauf, daß nach dem sogenannten Boxer-Protokoll die Bahnlinie Schanghai-Peking von den ausländischen Truppen geschützt werden müsse. Die Möglichkeit neuer internationaler Konflikte liegt hier vor.

nur so lange, wie diese Forschung nicht zu dem Ergebnis kommt, daß die gegenwärtige Herrschaft des Unrechts eine kulturwidrige Schande ist.

Es ist aber nicht nur verboten, gegen den Massenmord zu kämpfen, nein, man flieht schon heraus, wenn man sich für jemanden einsetzt, der sich erdreistet hat, seine Pflicht als anständiger Mensch nicht zu verletzen. Prof. Anna Siemsen in Jena hatte es gewagt, einen Aufruf für Gumbel zu unterzeichnen. Darum wurde sie vom Thüringischen „Volksbildungs“-Ministerium aus der Hochschule vertrieben.

So geht es anständigen Menschen, so werden sie nicht nur von den Ministerien behandelt, sondern von allen denen, die nach Kräften dafür kämpfen, daß Massenmord und Totschlag, Hunger und Elend, geistige Unterdrückung und Demoralisierung aufrecht erhalten und gesteigert werden. Denn so müssen wir diese Kämpfe ansehen.

Fangen wir doch einmal bei den Studenten an; die kräftig mithelfen, Hochschulkandale zu fabrizieren. Hat man bei ihnen auch nur ein Wörtchen der Empörung darüber gehört, daß es in ihren eigenen Reihen mehr als einen gibt, der, vorsichtig ausgedrückt, angeheitert und gröhnd mit dem Bierglas in der Hand nachts die Einwohner stört, die am Tage arbeiten müssen, damit die Steuergroschen für das Studium jener Herren zusammenkommen? Man lacht höchstens einmal darüber, wenn einer es gar zu schlimm getrieben hat, und betrunken die Uferböschung hinabgesunken ist, so daß man ihn morgens aus dem Schlamm, in dem er einschlieft, herausziehen muß. Man findet weiter nichts dabei, wenn einige der „Kommilitonen“ von einem Semester zum anderen bummeln. — Es soll hier keineswegs behauptet werden, daß alle Studenten es so treiben, aber es gibt welche, die es tun, und die allgemeine studentische Angriffslust richtet sich nicht gegen

sie, sondern gegen die Dozenten, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen.

Oder macht es denn das Thüringische Volksbildungsministerium, dem wir den Fall Siemens zu verdanken haben, besser? Keineswegs: Aus seinen Stuben stammt der berühmte Schulerlaß, der die Lehrer zwingt, allwöchentlich von den Schülern einen Vers über das Versailler „Schanddiktat“ herplappern zu lassen. Ein Erlaß also, der, wie jeder ernsthafte Erzieher zugeben muß und auch zugeibt, zum Lügen erzieht und damit zur weiteren Demoralisierung führt.

Welcher Geist im Thüringischen Volksbildungsministerium herrscht, wird auch durch Folgendes deutlich: In Thüringen wird zur Beschaffung der Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst eine Lotterie veranstaltet. Zur Förderung dieser Lotterie hat das Volksbildungsministerium eine Verfügung an sämtliche Behörden erlassen. Darin heißt es:

„Die Beamten und Angestellten müssen mit bestem Beispiel führend vorgehen. . . Sie müssen daher . . . alle ohne Ausnahme zum Ausdruck bringen, daß sie Lose kaufen werden. Dies hat folgendermaßen zu geschehen: Jeder Behördenvorstand . . . setzt unverzüglich unter seiner Beamten- und Angestelltenschaft eine Liste sämtlicher Beamten und Angestellten zur Zeichnung für die Prämienspende in Umlauf. In diese trägt jeder Beamte und Angestellte hinter seinem Namen die Zahl der Lose ein, die er kaufen will. . . Die Zeichnungslisten sind sodann dem Thüringischen Ministerium des Innern zuzusenden.“ (1)

Jeder denkende Mensch versteht die Absicht, die hinter dieser Verfügung steht. Das Thüringische Ministerium wollte aber nicht nur zeigen, wie es seine Beamten behandelt, es wollte offenbar auch einen Einblick in die Denk-

weise der Minister gewähren, oder wie sonst soll man das Schreiben verstehen, das einige Tage nach dem erstgenannten versandt wurde? In ihm heißt es nämlich:

„Dem Vernehmen nach ist verschiedentlich in der Beamtschaft eine gewisse Beunruhigung über die mit unserer Verfügung . . . getroffenen Anordnungen hervorgetreten. Besonders scheint sich die Beunruhigung darauf zu beziehen, daß wir die Vorlage der Zeichnungslisten an uns angeordnet haben. . . Durch unsere Anordnungen soll keineswegs ein Druck auf die Beamten und Angestellten ausgeübt werden in der Richtung, daß sie etwa für den Einzelnen untragbare Beträge spenden. (Also offenbar ein Druck in anderer Richtung? E.) . . . Der Zweck der Zeichnungslisten ist lediglich der, die Beamten- und Angestelltenschaft gegen etwaige Vorwürfe, sie habe sich nicht genügend an der Prämienspende beteiligt, in Schutz nehmen zu können mit der Erklärung, daß die Beamten und Angestellten ihr Opfer zur Prämienspende gebracht haben. Um dies mit gutem Gewissen erklären zu können, sollen uns die Zeichnungslisten als Unterlage dienen.“

So etwas darf ein Minister heute seinen Beamten vorlegen.

Das also sind die Studenten, und das sind die Minister, die unsere Hochschulkandalaffären hervorrufen! Diese Skandalaffären sind nichts anderes als das Ergebnis eines Kampfes der Reaktion gegen Wahrheit und Gerechtigkeit. Deutlicher als durch die jüngsten Ereignisse kann nicht gezeigt werden, welche Aufgabe die Hochschulen innerhalb unserer Gesellschaft erfüllen sollen. Deutlicher kann nicht gezeigt werden, welcher geistlose Geist in den Menschen lebt, die die Wahrheit mit Stinkbomben und Radau, mit demoralisierend wirkenden Erlassen und mit Entlassungen aufrechter Menschen unterdrücken wollen.

Wer springt den mißhandelten Chinesen bei?

Gu-n. Quo-Tai-Chi, ehemaliger Bürgermeister von Schanghai, jetzt chinesischer Gesandter in London, erklärte am Dienstag einem Journalisten: er werde am Donnerstag dieser Woche nach Genf reisen und dort auf eine Stellungnahme des Völkerbundes zu den Ereignissen in China drängen. China wisse, daß der Völkerbund keinerlei militärische Macht ausübe, aber moralisch habe er die Pflicht, einen Urteilsspruch zu fällen. Sollte Japan seine Drohung wahr machen und sich aus dem Völkerbunde zurückziehen, dann könnte des Letzteren Ansehen dadurch nur gestärkt werden, denn

die Anwesenheit japanischer Vertreter in Genf sei eine Herausforderung an die ganze Welt.

Das Thema „Völkerbund“ ist ein Trauerspiel. Man könnte von den empörten Chinesen selber eine klare Demonstration in Genf

erwarten; sie könnten, wenn der Völkerbund ausweicht, durch ihr Fortgehen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, an weiteren bloßen Unterhaltungen teilzunehmen.

Ehe man den Chinesen einen solchen Rat gibt, muß man jedoch ihre Machtlosigkeit erwägen und die Gefahr, daß infolge ihres Fortgehens von Genf andere Räuber sich dem Unternehmen des japanischen Kumpan gegen China anschließen, um die Beute zu teilen. Es kommt aber auf die Art und Weise an, in der eine solche Protestdemonstration der Chinesen geschähe. Sie könnte in Form eines so einwandfreien Appells an die rechtlich Denkenden in der ganzen Welt vollzogen werden, daß er seine Wirkung nicht verfehlen und wenigstens den jetzt noch neutralen Mächten zur Vernunft raten würde.

Immerhin können wir so gut wie nichts von Genf erwarten. Die vergangenen Erfahrungen sind zu nieder-

schmetternd gewesen: die Interessen an den neuen Rüstungslieferungen sind bei den Genfer Mächten zu stark.

Die französische sozialistische Zeitung „Populaire“ appelliert an — die Regierung, an Paul-Boncour also; sie fragt:

„Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Feigheit befolgen wie die Regierungen Tardieu, Laval und Herriot? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache des Friedens verraten?“

Und die Zeitung wiederholt die Frage, indem sie auf des Pudels Kern zu sprechen kommt:

„Ist die französische Regierung gegenüber den Kanonenhändlern und Bankiers unabhängig genug, um diese Handlung zu vollziehen . . .?“ (Die Androhung des Abbruchs der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Japan.)

Es wäre lächerlich, von einer kapitalistischen Regierung während der Krise eine derartige Beschränkung ihres Geschäfts zu erwarten.

Der „Vorwärts“ berichtet über die Aeußerung des französischen Bruderblattes. Er selber wirft der deutschen Regierung dieselbe Passivität vor, die der „Populaire“ den französischen Regierungen vorwirft. Aber kein Wort der Besinnung auf die eigene Kraft der internationalen Arbeiterschaft,

kein Wort der Besinnung auf die Verantwortung, die heute Organisationen zufällt wie der Sozialistische Arbeiter-Internationale, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der Transportarbeiter-Internationale!

Es ist noch Zeit, daß diese Organisationen handeln!

Orkan über Norwegen.

Seit Montag nacht herrscht an der norwegischen Westküste ein Orkan, der schon sehr große Zerstörungen angerichtet hat. Im Hafen von Bergen ist ein großer Kohlenkran, der einen Wert von 200 000 Kronen darstellt, zusammengestürzt. Von einigen Packhäusern im Hafen wurden die Dächer abgerissen, mehrere Häuser eingedrückt, Telegraphen, Telefon- und elektrische Leitungen zerstört. Die Telefonverbindung mit dem Land wurde unterbrochen. Mehrere Dampfer im Hafen haben sich losgerissen.

Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts.

Die „Times“ berichten, daß die italienische Regierung der albanischen Regierung den Vorschlag einer

Zollunion

der beiden Länder gemacht zu haben scheine. Den Anlaß zu diesem Vorschlag habe der Versuch Albanien gebildet, weitere Anleihen von Italien zu erhalten. Da der Zinsendienst für die bisherigen Anleihen (die Italien zumeist in Form von Panzerkreuzern und ähnlichen Kriegswerkzeugen an Albanien gezahlt hat) infolge der Wirtschaftskrise sehr unregelmäßig geworden ist, wolle Italien seinen weiteren finanziellen Beistand von der Zollunion abhängig machen. Jedoch scheint die albanische Regierung auf diesen Vorschlag nicht eingehen zu wollen.

Die bloße Möglichkeit dieser Zollunion hat schon die jugoslawische Regierung auf die Beine gebracht: sie hat im Londoner Foreign Office erklären lassen, daß sie sich beunruhigt fühle.

Andererseits wird behauptet, daß die Absicht Mussolinis, eine Zollunion mit Albanien einzugehen, darauf zurückzuführen sei, daß er sich durch den französisch-jugoslawischen Freundschaftspakt, der am 12. Dezember abgelaufen war und allem Anschein nach verlängert worden ist, bedroht fühle.

Das offizielle „Giornale d'Italia“ hat sich angesichts der Zuspitzung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen eine Mission gesetzt, die „durchaus nicht den Zweck verfolge, neue Spannungselemente zwischen Italien und Jugo-

Unruhen in Spanien.

Seit einigen Tagen sind in verschiedenen Teilen Spaniens wieder Unruhen entstanden. In der Gegend von Alcazar wurde der Betrieb in den meisten Kohlengruben stillgelegt, da infolge von 50 Bombenexplosionen und verschiedener Sabotageakte der Betrieb unmöglich gemacht worden war. Einige Führer der Arbeiter sind verhaftet worden. Ob es sich dabei um Anarchisten oder Kommunisten handelt, geht aus den bisherigen Meldungen nicht klar hervor.

In Saragossa sind angeblich 150 Anarchisten verhaftet worden. In der Provinz Asturien kam es in verschiedenen Orten zu Bombenexplosionen. Einige Zeitungen melden, daß die Regierung Waffen- und Munitionslager entdeckt habe und einer Verschwörung auf die Spur gekommen sei. Die Garnisonen in Saragossa, Valencia und Madrid unterliegen einer besonderen Ueberwachung. In der Provinz Sevilla ist eine Kirche in Brand gesteckt worden.

Offenbar unternehmen besonders die Eisenbahner eine große Anzahl von Sabotageakten: in den letzten vier Tagen sind sechs Zugentgleisungen vorgekommen.

Ein spanisches Kanonenboot und ein Küstenwachboot haben die Verfolgung der in einem Segelschiff geflohenen 29 verbannten Monarchisten aufgenommen.

Einige interessante Tatsachen, die etwas Licht in die Sache der Flucht der spanischen Monarchisten bringen, sind inzwischen bekannt geworden:

Der Kommandeur des Kanonenbootes „Canovas“ ist seines Postens enthoben worden. Dieses Boot, dem die Bewachung der Strafkolonie „Villa Cisneros“ obliegt, war zur Zeit der Flucht nicht zur Stelle, obwohl es keine Order zur Ausfahrt erhalten hatte. Es konnte daher die Verfolgung der Flüchtlinge erst später aufnehmen. Man kann annehmen, daß der Kommandeur dieses Schiffes von den Flüchtlingen oder ihren Freunden bestochen war.

Die Flucht selber ist anscheinend so bewerkstelligt worden: die Verbannten haben sich die Silvesternacht ausgepickt, da die Beamten in dieser Nacht mehr Alkohol zu sich nehmen, als es sonst üblich ist. Das französische Boot, das die Flüchtlinge aufgenommen hat, ist wahrscheinlich von deren Freunden, spanischen Aristokraten, die sich jetzt zumeist in Frankreich aufhalten, geschickt worden. Da die Verbannten fast alle über reichliche Geldmittel verfügen, ist es ihnen wahrscheinlich nicht schwer gefallen, eingeborene Fischer zu bestechen, um deren Hilfe für die Flucht zu sichern. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß auch französische Beamte den Verbannten beigestanden haben; von dem französischen Polizeipräsidenten Chiappe ist es bekannt, daß er sich den Verbannten und Flüchtlingen der spanischen Republik weit entgegenkommender erweist, als früher den Verbannten der Diktatur Primo de Riveras. Da es sich um politische Flüchtlinge handelt, brauchen die französischen Behörden sie nicht nach Spanien auszuliefern.

Die norwegische Wehrmacht.

Wichtige Anträge der Arbeiter-Partei.

Der Militärausschuß des norwegischen Parlaments hat den Haushaltsplan der Regierung für das Heer von 33,8 Millionen Kronen (1 Krone = 72 Pfennige) auf 32,9 Millionen und den Haushaltsplan für die Marine von 17,9 Millionen Kronen auf 14,9 Millionen herabgesetzt.

Der Ausschuß erklärt in einem Bericht, daß bewaffnete Organisationen außerhalb des Heeres nicht zugelassen werden dürften, da sie parteipolitischen Zielen dienen könnten. Dagegen wird vorgeschlagen, eine Summe von 15 000 Kronen jährlich für freiwilligen Wehrdienst der Bevölkerung anzusetzen.

Die Arbeiterpartei lehnte diesen Vorschlag ab und forderte die

völlige Abschaffung von Armee und Marine.

Lediglich eine Grenz- und Küstenwache sollte eingeführt werden.

Der Militärausschuß setzt sich in seinem Bericht weiter dafür ein, daß Unteroffizieren und Offizieren die Militärlaufbahn bis zu den höchsten Stellen der Armee offen stehen solle.

Die Durchführung der Forderung der Arbeiterpartei würde eine gute Antwort auf das Versagen der Abrüstungskonferenz sein!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Samstag, 7. Januar, 20 Uhr, im Gasthof „Weißer Bär“, Josephsplatz 9. Thema: Rechtsnot über Deutschland. Redner: Rechtsanwalt Lewinski (Kassel).

Parlamentmehrheit für die bulgarische Regierung.

Die neugebildete bulgarische Regierung hat im Parlament eine Mehrheit erlangen können, obwohl die Nationalliberalen nicht mehr im Kabinett vertreten sind. Die Mehrheit kam so zustande, daß die Nationalliberale Partei sich gespalten hat: 15 ihrer Abgeordneten stimmten für, 13 gegen die Regierung. Infolgedessen wird Muchanoff, der Ministerpräsident, seine Absicht, sich durch Wiedererrichtung der Diktatur vom Parlament unabhängig zu machen, wahrscheinlich vorläufig noch nicht durchführen.

De Valeras Wahlprogramm.

Infolge der plötzlichen Ausrufung von Wahlen in Irland besteht dort jetzt eine starke politische Spannung, besonders da noch nicht feststeht, in welcher Form die Opposition den Wahlkampf aufnehmen wird, ob die Einheitsfront zur Einhaltung des englisch-irischen Vertrages zustandekommt. De Valeras Programm ist noch radikaler als das, mit dem er vor einem Jahr in den Wahlkampf gezogen ist. Er fordert die sofortige Ausrufung einer irischen unabhängigen Republik,

die Abschaffung des Senats, die Abschaffung des Treueides an den englischen König und die Durchführung des christlich-sozialen Wirtschaftsprogramms, für das er eintritt.

Noch größere Verwunderung als die Auflösung des irischen Landtages hat die gleich darauf proklamierte Auflösung des Senats hervorgerufen.

Propaganda gegen eine befreundete Macht.

In der Silvesternacht übertrug der englische Rundfunk Sendungen aus den europäischen Hauptstädten. Vor jeder Umschaltung wurden zur Einführung einige Worte über das Land, aus dem übertragen wurde, gesagt. Im Fall von Polen wurde dabei festgestellt, daß der polnische Staat

ein Drittel seiner Einnahmen für Rüstungen

ausgebe. Ferner wurde über den „unglückseligen polnischen Korridor“ gesprochen.

In einer Note, die an den englischen Außenminister, Sir John Simon, gerichtet ist, protestiert der polnische Botschafter gegen die „Benutzung der englischen Rundfunkstationen für Zwecke der politischen Propaganda, die gegen eine befreundete Nation gerichtet ist“. Er fordert Maßnahmen, um die „Wiederholung eines solchen Mißbrauchs unmöglich zu machen“.

Der wahre Charakter des „Wehrsports“

Ist sehr deutlich aus den Bedingungen der Leistungsprüfung für die Führer der Wehrsport-Kurse zu erkennen. In den Richtlinien heißt es, daß die zukünftigen Kursführer das Sportabzeichen haben und „in einem Kleinkaliber-Schießverein bereits einige Uebungen geschossen haben sollen“. Die Leistungsprüfung soll umfassen:

- a) eine sportliche Prüfung, voraussichtlich im 100-Meter-Lauf, Weitsprung, Keulenweitwurf, Kugelstoßen, 3000-Meter-Lauf und Schwimmen.
- b) Kleinkaliberschießen.
- c) Geländesportliche Prüfungen: Ordnungsübungen, Marschleistungen, Seh- und Hörübungen, Kartenlesen und Zurechtfinden im Gelände, Geländebeschreibung und -beurteilung, Spatengebrauch, Entfernungsschätzen, Tarnen und Täuschen, Geländeausschließung in verschiedenem Gelände und aus verschiedenen Entfernungen, Erkundungsaufgaben, Abfassen und Uebermitteln von Meldungen sowie Anfertigen von Skizzen.

Dazu schreibt die (katholische) „Rhein-Mainische Volkszeitung“ mit Recht:

„Ein Blinder sieht, daß diese Ausbildung eindeutig militärischen Charakter hat. Selbst die sportliche Prüfung unter

a) enthält nichts, was nicht militärisch von Bedeutung wäre, und zwar im speziellen Sinne, nicht nur in dem, allgemeinen Sinne, in dem der Sport überhaupt die militärische Eignung befördert. Das geht bis zum Handgranatenwerfen; es soll als „Keulenweitwurf“ geübt werden. Was das Kleinkaliberschießen noch mit körperlicher Ertüchtigung oder mit vernünftigem Sport überhaupt zu tun haben soll, ist schon mehrmals gefragt und nie beantwortet worden; gerade diese Schießübungen sind nur von einem einzigen Endzweck aus gesehen sinnvoll: vom Krieg aus. Die Förderung des Waidmannswerkes wird man kaum dabei im Auge haben: es geht um Schußsicherheit nicht gegen Hasen, sondern gegen Menschenköpfe, gegen Polenköpfe im besonderen. Und dieser Punkt b) gibt auch dem Punkt c), dem eigentlichen „Geländesport“, seinen Sinn... Man braucht es nicht lange auszuprobieren, um es zu wissen, was Geistes eine Institution sein muß, die sich als national bezeichnet, in überwältigender Mehrheit aus bürgerlich-nationalistischen Gruppen besteht, dafür aber die großen Verbände der Arbeiterschaft nicht enthält!... Töten ist kein Sport und Vorbereitung zum Töten ebensowenig. Nimmt man diese Dinge so wenig ernst, daß man den blasphemischen Widersinn dieses Wortes „Wehrsport“ nicht einmal spürt.“

Moderne „Teufelsaustreibung“.

Durch das Eingreifen der Kriminalpolizei wurde kürzlich die Öffentlichkeit in Hessen auf die Zustände aufmerksam gemacht, die in der „Zionsgemeinde“ einer christlichen Sekte in Roßdorf bei Darmstadt herrschen müssen. Dort sah sich die Staatsanwaltschaft genötigt, gegen zwei Mitglieder dieser Gemeinde einzugreifen, die ein zwanzigjähriges, offenbar etwas zurückgebliebenes Mädchen fesselten und mißhandelten, um anscheinend „das Böse“ aus ihm herauszutreiben. Die Zionsgemeinde hat in Roßdorf ihre Zentrale mit einem großen Bethaus und Erholungsheim. Den verhältnismäßig starken Zulauf verdankt sie der Tatsache, daß der traditionelle Kirchenglaube in Roßdorf durch parteipolitische Betätigung des Pfarrers als Führer der Nazis ins Schwanken geriet. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft wird wohl Aufklärung darüber bringen, wie weit die Lehre dieser christlichen Sekte gemeingefährlichen Charakter trägt.

Der Katholizismus in England.

Bei der Eröffnungsfeier einer neuen katholischen Schule in England sprach der Erzbischof von London, Kardinal Bourne, über den Fortschritt des Katholizismus in England. Er bekannte, sein größter Trost in dieser schweren Zeit sei es, daß er so häufig eingeladen werde, eine neue katholische Schule einzuweihen. Dies gäbe ihm die Gewißheit, nicht nur, daß trotz wachsender wirtschaftlicher Not die Katholiken Englands noch immer Geld zu erübrigen wissen für den Bau einer neuen Schule, sondern daß der Katholizismus auch in den nächsten 50 Jahren so wachsen werde wie in den letzten 50 Jahren.

Wachstum des einheimischen Klerus in den „Heidenländern“. Ein Beweis für die schnelle Vermehrung der einheimischen Priesterschaft in den Missionsländern ist eine statistische Darstellung über die Seminaristen, die zu ihrer Vorbildung dienen. Im Jahre 1906 gab es nach Huonder („Der einheimische Klerus in den Heidenländern“) 129 Seminaristen, nach dem Atlas Hierarchicus von Streit im Jahre 1913 132. Der Jesuit Bernard Arens gibt in seinem neuen Ergänzungsband zu der französischen Ausgabe seines Handbuchs der katholischen Missionen für 1918 181 Seminaristen, für 1923 279 Seminaristen, für 1929 311 Priestervorbildungsanstalten in den Missionsländern an. Wie der Sekretär

der Propaganda, Erzbischof Salotti, bei der durch den Vatikansender verbreiteten Botschaft am Weltmissionssonntag mitteilte, bestehen zur Zeit in den der Propaganda unterstellten Gebieten 377 Seminaristen.

Ein „Opfer christlicher Erziehung“.

Vor einiger Zeit wurde in Frankfurt am Main ein Student wegen Kautionsbetrugs verurteilt. Es handelte sich um den Sohn eines Pfarrers, der sich selber als „Opfer der Mentalität eines christlichen Pfarrhauses“ bezeichnete. „Ich saß da gewissermaßen an der Quelle des Christentums und sah, wie es hinter den Kulissen zugeht“, so entschuldigte sich der Angeklagte für seine Taten.

Was sagt die wirkliche Angeklagte, die Kirche, zu dieser Entschuldigung?

Auflösung der Freikörperkulturschule Adolf Koch.

Zum 1. November war ein Verbot der Freikörperkulturschule Adolf Koch ausgesprochen worden auf Grund einer Schulbestimmung aus dem Jahre 1839. Der Schulbetrieb wurde jedoch zunächst weitergeführt. Am 20. Dezember beschloß sich dann der Hauptausschuß des preußischen Landtags mit diesem Vorstoß des Muckertums. Es wurde in dieser Sitzung gegen die Stimmen der Deutschnationalen die Weiterführung der Schule gefordert und die preußische Regierung aufgefordert, entsprechende Verhandlungen mit der Schulleitung aufzunehmen. Ueber diesen Beschluß hat sich nun der verantwortliche Leiter des preußischen Unterrichtsministeriums, Professor Kaehler, einfach hinweggesetzt. Mit Auflösung der Schule verlieren etwa 4000 Mitglieder, vorwiegend Arbeiter mit geringem Einkommen, die Möglichkeit unentgeltlicher ärztlicher Beratung, unentgeltlicher Inanspruchnahme von Brausebädern und Höhensonnenbestrahlungen und von Gymnastikunterricht. Und das alles, obwohl auch die Krankenkassen in Deutschland nur noch für reiche Leute da sind.

Wie wir noch erfahren, hat Adolf Koch sofort einen Protest an den Reichskanzler von Schleicher gerichtet, der anscheinend zugesagt hat, umgehend eine Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen. Im übrigen geht der Betrieb in der Schule trotz der Auflösungsordre ungestört weiter, um die Mitglieder nicht gesundheitlichen Gefahren auszusetzen.

Was bringt der neue „ISK“?

In dem Aufsatz von Hans Lehnert: „Der Umbau des deutschen Reiches“ wird eine übersichtliche Klarlegung der Zitate und Wege der von Papen und Gayl angebahnten, von Schleicher nur „bis auf weiteres aufgeschobenen“ sogenannten Verfassungsreform gegeben. Die prägnanteste Formel für das Ziel der „Reichsreform“ hat der stellvertretende Vorsitzende der Deutschnationalen, von Winterfeldt, ausgesprochen:

Die „Reichsreform“ müsse ausmünden in eine Hohenzollernmonarchie!

Als erste Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel ist die Ausschaltung des Parlaments durch Einschaltung einer Art von Oberhaus gedacht. Die Reichsregierung bedarf danach zu ihrer Amtsführung lediglich noch das Vertrauen des Reichspräsidenten. Wird dann ein Prinz zum lebenslänglichen Präsidenten gewählt, so ist der Schritt zur offenen Monarchie nur noch eine Formsache! Uebrigens stützt sich die für die Verfassungsreform der Regierung bisher zur Verfügung stehende Vorarbeit nach Aussage des früheren Reichsinnenministers von Gayl auf den von Hugenberg ausgearbeiteten Verfassungsplan.

Eine weitere wichtige Etappe auf dem Wege der Reaktion ist der Kampf um Preußen, genauer: die Vereinigung der Regierungsgewalt des Reichspräsidenten mit der des preußischen Ministerpräsidenten. Eine solche Union bestand bekanntlich im alten Bismarck'schen Kaiserreich zwischen der deutschen Kaiserkrone und der preußischen Königskrone.

Lehnert begründet im Anschluß die Stellung des Sozialisten zur Frage des Einheitsstaates und der Selbständigkeit einzelner Ländergruppen.

Im zweiten Artikel gibt Hellmut Rauschenplatz einen Rechenschaftsbericht über „Die ökonomischen Forderungen des ISK“ im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis heute. Jede einzelne Phase der Krise erforderte bestimmte Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, für jede dieser Phasen stellte der ISK entsprechende Vorschläge auf zum Gebrauch der Machtorganisationen der Arbeiterschaft. An Hand der Erfahrung kann der Leser also leicht nachprüfen, ob die Vorschläge des ISK richtig waren, und ob es einer aktiven Aktion Arbeiterpolitik gelungen wäre, der Arbeiterschaft diese furchtbare Not, wie sie heute besteht, ganz oder teilweise zu ersparen und die Kräfte für den Endkampf um den Sozialismus zu sammeln. Was tat der ADGB als die zur Zeit entscheidende Organisation? Was waren die Gründe, daß die Arbeiterschaft weder auf dieser noch auf einer anderen Linie auch nur einen Schritt vorwärts kam? Was wollen wir tun, um die Arbeiterklasse möglichst schnell aus dem derzeitigen Wellental empor- und vorwärtszutreiben? Einfach sind die Antworten, aber es bedarf aller Kraft, um sie im öffentlichen Leben durchzusetzen.

Schließlich enthält das neue „ISK“-Heft noch einen Gedächtnis-Artikel für den chinesischen Revolutionär Deng Yen-Da und eine interessante Sammlung: Die Schwarze Internationale.

Das Heft kostet 20 Pfennig; es ist erhältlich bei der Internationalen Verlagsanstalt, Berlin SW 19, Inselstraße 8 a, in Berlin auch an allen U- und S-Bahn-Kiosken.

„Befreiungs-Rummel“ des „Stahlhelms“.

Zehnjähriges-Gedenkfeier des Ruhreinbruchs.

Da es anscheinend nicht genügend Konfliktstoffe zwischen dem deutschen und dem französischen Staate gibt, bemüht sich der „Stahlhelm“ wieder einmal mit nationalem Eifer darum, solche zu schaffen. Der „Stahlhelm“ Westmark veröffentlicht eine Erklärung zum zehnjährigen Gedenktag des Ruhreinbruchs der Franzosen und seiner „erfolgreichen“ Abwehr. Es wird weiter die „endgültige Befreiung“, das heißt die „volle Gleichberechtigung der bisherigen neutralen Zone“ gefordert. An dieser Forderung können nur Aufrüster und Kriegsschürer ein Interesse haben.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
 REVOLTE AN DER RUHR (48)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Die Bergbehörde wird einfahren und erklären, daß nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit vorhanden ist. Die Verhältnisse in der Grube waren gute, die Steinstaubarrieren haben gut funktioniert, man hat für die Sicherheit der Kumpels alles getan, was man tun konnte. Das Traurigste ist, es wird von der breiten Öffentlichkeit geglaubt. Wir aber, die wir unser halbes Leben in der Grube verbracht haben, wir wissen, wer der wahre Schuldige ist. Schuld ist das kapitalistische System, das die Menschen in die Gruben hineintreibt und ohne Rücksicht auf ihr Leben und ihre Gesundheit den größten Gewinn aus ihrer Arbeitskraft zu ziehen versucht. 200 000 Befleute sind während der letzten Jahre entlassen und über 100 Zechen stillgelegt worden, und trotzdem steht die Ziffer der Förderung weit über der in der Vorkriegszeit. Das ist nicht allein durch die Technisierung und Modernisierung der Grubenanlagen zu erklären. Das ist nur möglich durch die rücksichtsloseste Ausbeutung, durch die schärfste Auspressung der Arbeitskraft der Bergarbeiter. Die Bergarbeiterschaft ist in den Zustand der Sklaverei zurückgekehrt, alle Rechte, die der Bergarbeiter besessen hat, sind ihm genommen worden durch das brutale Vorgehen der Zechenherren. Die Peitsche des Hungers und der Arbeitslosigkeit schwebt über dem Ruhrgebiet, und unter ihren Schlägen stirbt das letzte bißchen Freiheitswillen und Menschenwürde, das die Kumpels noch besitzen. Beseitigung der Betriebsräte, Zerschlagung des Tarif- und Schlichtungswesens, willkürliche Entlohnung, Streichung des Urlaubes, Wiedereinführung des Kadavergehorsams der wilhelminischen Epoche, das sind die Ziele der Schwerindustriellen, für deren Erreichung sie alle Hebel in Bewegung setzen. Und wir Arbeiter, die wir sie hinwegfegen würden, wir stehen all dem

tatenlos gegenüber. Unsere Taten, sie erschöpfen sich in gegenseitiger Bekämpfung, statt die Einheitsfront aller Werktätigen zu schaffen, wird die Einheit der Arbeiterbewegung zerschlagen. Wir liefern uns selbst dem Kapital vors Messer, wenn wir nicht endlich Schluß machen damit und uns alle zusammenfinden zu gemeinsamem Kampf. Sechs schwere Grubenkatastrophen in einem Jahr, über 600 Tote, soll uns das nicht zu denken geben, müssen wir nicht alles versuchen, um dieses grausige Massensterben für die Zukunft unmöglich zu machen? Ueber alle Hindernisse hinweg müssen wir den Boden bereiten zu gemeinsamem Vorgehen, zu siegherbeienden Aktionen. Günther Gerling, einer unserer Besten, von der Zecheverwaltung zum 15. gekündigt, er ist eines der Opfer dieser Katastrophe.“

„Günther Gerling? Tot?“ schallt es dem Redenden, dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses, entgegen.

„Nein, Kumpels, tot ist er noch nicht. Ob er aber mit dem Leben davonkommt, ist auch sehr fraglich. Er hat viel Gas geschluckt und hatte schon den Gedanken an seine Rettung aufgegeben, als er ein zerschlagenes Luftrohr entdeckte, aus dem noch Luft herausströmte. Ihn fanden die Rettungsmannschaften als ersten hinter dem großen Bruch im Hauptquerschlag, und einer von ihnen hat mir im Auftrag Gerlings diesen Zettel überbracht, der als Testament an seine Kumpels anzusprechen ist.“

„Vorlesen, vorlesen“, wird gerufen, der Kreis schließt sich enger zusammen.

Unter atemloser Stille beginnt der Redner den Zettel Gerlings zu verlesen, der „Letzte Mahnung an die Arbeiterschaft!“ überschrieben ist. Er ist ein geschulter Rhetoriker, seine Worte zünden. Lauter wird seine Stimmung bei den Schlußzeilen: „Laßt allen Hader und alle Uneinigkeit fahren, kämpft gemeinsam für die große Sache, sammelt Euch unter den roten Sturmflaggen und erkämpft die Freiheit, wenn nicht für Euch, so doch für Eure Kinder. Alles werdet Ihr erbringen, wenn Ihr einig seid, zu Boden getreten aber, wenn Ihr weiterhin im Bruderzwist verharret und Euch gegenseitig bekämpft. Geschlossene Front aller Unterdrückten gegen die

Unterdrücker, das muß eure Parole sein für die Zukunft, und unter dieser Parole werdet Ihr siegen.“

Einen Moment hält der Sprecher inne, um die Wirkung seiner Worte zu beobachten. Dann fährt er fort: „Muß ich diesem Appell eines unserer Besten noch etwas hinzufügen? Du, sozialdemokratischer Arbeiter, der Du die Fahne Schwarz-Rot-Gold als Dein Heiligtum betrachtest, Du, Kommunist, der gläubig auf die rote Fahne mit Sichel und Hammer schaut, Du, Zentrumsmann, dem sein Glauben über alles geht, Du, Stahlhelmer, der Du in der schwarzweißroten Farbe und dem Stahlhelm das Symbol für eine bessere Zukunft siehst, Ihr alle, die Ihr unter der Erde arbeitet und tagtäglich und jede Stunde Euer Leben für wenige Groschen aufs Spiel setzt, Ihr alle müßt erkennen, daß uns nur eins aus unserer Knechtschaft herausführen kann, die Sammlung aller vom Kapital Abhängiger zu einer geschlossenen Phalanx, die niemand durchbrechen kann. Fehler sind gemacht worden in der Vergangenheit, die sich unheilvoll auf uns ausgewirkt haben. Lernen wir aus ihnen und machen es in Zukunft besser. Dann wird bald die Sonne aufgehen über der Welt, wie Günther Gerling sich ausgedrückt hat, und freie Menschen in einem freien Gemeinwesen werden die Früchte ihrer Arbeit gemeinsam genießen. In diesem Sinne Euch allen ein Glück auf!, und nun heran an die Aufgaben, die unserer harren.“

„Der Kerl hat recht.“

„Was der sagt, hat Hand und Fuß.“

„Unsere elende Lage haben wir zum großen Teil selbst verschuldet“, und andere Ausrufe durchschwirren die Luft. Der Rotfrontler knüpft ein Gespräch mit dem Reichsbannermann an, andere mischen sich dazwischen, im Nu ist eine lebhaft Debatte im Gange. Die Polizisten fordern sie wohl einige Male auf, nicht so laut zu sprechen, jagen sie aber nicht auseinander. In sachlicher Rede wird die Lage der Bergarbeiterschaft erörtert, diejenigen, die sich durch eine Weltanschauung unüberbrückbar voneinander getrennt glaubten, müssen erkennen, daß es bei gutem Willen leicht möglich ist, die Basis zu gemeinsamer Aktion zu finden. Bis in die halbe Nacht stehen sie vor der Zeche, unsichtbar spinnt sich ein starkes Band der Zusammengehörigkeit um sie.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die erstmalig wieder zum 31. Dezember 1932 kündbare Lohnordnung für den Ruhrbergbau ist zu diesem Termin weder von Arbeiter-, noch von Unternehmerseite gekündigt worden. Damit läuft der Tarif unverändert einen Monat weiter und kann erst wieder am 31. Januar zum 28. Februar 1933 gekündigt werden. — Mitbestimmend für die Nichtkündigung des Lohn tariffs war wohl der zur Zeit verhältnismäßig gute Absatz im Ruhrgebiet, der das saisonübliche Ausmaß übersteigt und zu einer Verminderung der Feierschichten, sowie zu zahlreichen Neueinstellungen führte. Der Rahmentarif ist erstmalig am 1. Februar zum 1. April 1933 kündbar.

Für das Kölner Bäckereigewerbe wurden vom 16. Januar ab die Löhne gekürzt. Der Abbau bewegt sich zwischen 3,50 bis 5,— Mark! Das neue Lohnabkommen kann erstmalig zu Ende März gekündigt werden.

Die Gehaltstafel für die Angestellten der Kölner Metallindustrie wurde, nachdem sie zum 31. Dezember 1932 gekündigt worden war, bis zum 31. März 1933 verlängert.

Schiedsspruch für die Münchener Faßfabriken.

Der Landesschiedlicher hat einen neuen Tarif- und Lohnvertrag für Bayern geschaffen. Dieser kann erstmals zum 30. Juni 1933 gekündigt werden. Die Spitzenlöhne für den über 22 Jahre alten Schaffler betragen 82 Pfennig, für den Hilfsarbeiter 66 Pfennig, für den Tagelöhner 57 Pfennig. Für Ueberstunden werden folgende Zuschläge gezahlt: von der 49. bis 51. Stunde 15 Prozent, von der 52. bis 54. Stunde 20 Prozent, von der 55. Stunde an 25 Prozent; für Sonntags- und Nachtarbeit 50 Prozent. Die Akkordsätze sind so zu bemessen, daß ein voll leistungsfähiger Arbeiter 15 Prozent über den Stundenlohn verdient. Der jährliche Urlaub beträgt je nach der Beschäftigungszeit 2 bis 10 Arbeitstage.

Im Lohnstreit der Siegerländer Metallindustrie um einen zwölfprozentigen Lohnabbau wurde für die 8000 Arbeiter ein Schiedsspruch gefällt, der jedoch von den Unternehmern und den Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften nicht angenommen wurde. Der freigewerkschaftliche und der christliche Metallarbeiterverband dagegen nahmen den Spruch an und beantragten seine Verbindlichkeitsklärung. Inzwischen ist jedoch der Tarifvertrag Ende des Jahres 1932 abgelaufen, so daß zur Zeit ein tarifloser Zustand besteht.

Ablauf des Tarif- und Lohnvertrages für die Stolberger Metallindustrie.

Der von den Gewerkschaften mit dem Stolberger Industrieverband abgeschlossene Vertrag ist am 31. Dezember 1932 abgelaufen. Die am 30. Dezember stattgefundenen Verhandlungen haben sich zerschlagen. Der Industrieverband fordert die Herabsetzung des Urlaubs in der Spitze von 9 auf 7 Tage. Bei Kurzarbeit soll der Urlaub noch weiter gekürzt werden. Diese Forderung wurde von den Gewerkschaften abgelehnt. Nach den bisherigen Bestimmungen ist Urlaub nach einer zwölfmonatigen ununterbrochenen Beschäftigung zu gewähren. In vielen Fällen ist eine solche Arbeit nicht mehr zu garantieren. Trotzdem soll dieselbe Bestimmung weiterhin in Kraft bleiben. Ein großer Teil der Arbeiter würde infolgedessen keinen Urlaub bekommen. Die Lohnverhandlung verlief ebenfalls ergebnislos. Die Gewerkschaften erklärten, daß sie unter diesen Umständen kein Gewicht auf den Abschluß neuer Verträge legen. Die Belegschaften sollen die Entscheidung über weitere Maßnahmen treffen! Vom 2. Januar 1933 ab besteht bei allen dem Indu-

strieverband angeschlossenen Firmen keine tarifvertragliche Bindung mehr.

Erfolgreiche Abwehr des Lohnraubs.

Die Direktion der Firma Phönix in Dortmund hatte auf Grund der Papenschen Notverordnung die Löhne für die Akkordarbeiter um 9 Prozent, für die Schichtlohnarbeiter um 10 Prozent abgebaut. Als jetzt die Notverordnung aufgehoben wurde, forderten die Arbeiter in mehreren Betriebsversammlungen auch die Aufhebung des damaligen Lohnraubes. Diese Aktionen führten zum Erfolg, inzwischen hat die Direktion den Lohnabbau zurückgenommen.

Ebenso gelang es den Belegschaften bei Thyssen und Hoesch, ähnliche Erfolge zu erzielen.

Auch auf den Schachtanlagen der Vestag Zollern 1 8 ist es gelungen, den alten Lohn zurückzuerobern!

Erwerbslose veranstalten Hungermarsch zu ihrer Gewerkschaft.

Seit dem 29. August sind die Arbeiter der Glashütte Heilbronn AG in Heilbronn am Neckar ausgesperrt. Seit ungefähr drei Wochen bezahlt diesen Erwerbslosen ihre Gewerkschaft, der Fabrikarbeiterverband, keine Unterstützung mehr. Die Arbeiter, etwa sechzig an der Zahl, beschlossen daraufhin zum Protest einen Hungermarsch zum Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes in Hannover. Am 3. Januar verließen die Arbeiter Heilbronn; sie führen in ihrem Zuge Plakate mit sich. Unterwegs wollen sich die Demonstranten durch Inanspruchnahme ihrer Verbandskollegen und der Obdachlosenhilfe durchschlagen. Das Mittel ist nicht schlecht zur Ausübung eines Drucks auf die Gewerkschaftsführer, damit sie aus ihrer Untätigkeit gegen Lohnraub und Wirtschaftskrise sich aufrufen und endlich etwas Entscheidendes unternehmen. Allerdings ist es ebenso wichtig, zu wissen, welche Mittel mit Erfolgsaussicht gegen die Krise im Interesse der Arbeiterklasse eingesetzt werden müssen.

Erwerbslosendemonstrationen in Bregenz.

In der österreichischen Stadt Bregenz kam es zu Unruhen, als zum ersten Mal

die bis zu 40 Prozent gekürzten Notstandsunterstützungen ausgezahlt wurden. Eine riesige Demonstration bildete sich. Als ein Kommunist verhaftet wurde, sang die Menge zum Protest revolutionäre Lieder und forderte die Freilassung des Verhafteten. Daraufhin räumte die Polizei mit gefälltem Bajonett den Platz. Mehrere Personen wurden verletzt.

Der Eisenbahnerstreik in Indien.

(ITF.) Der Streik bei der „Madras and Southern-Mahratta Railway“-Gesellschaft breitet sich weiter aus. Trotz aller Provokationen des Eisenbahnunternehmens, der Anstellung von Sträflingen, die sich Uebertretungen des bürgerlichen Gesetzes schuldig gemacht haben, als Streikbrecher (mit Hilfe der englischen Kolonialpolizei) halten die streikenden Arbeiter immer fester zusammen. Die Eisenbahner bei der Staatsbahn Nizam und der Bengal-Nagpur-Bahn, sowie der indische Gewerkschaftsbund unterstützen die streikenden Eisenbahner mit Geldmitteln.

Dieser Streik hat lebhaften Widerhall gefunden. Außer von seiten der ITF, sind der indischen Eisenbahner-Föderation

Durch einen Streikbeschuß hat die Belegschaft der Möbelfabrik Alex in der Zeughofstraße in Berlin einen erneuten zehnprozentigen Lohnabbau abgewehrt, der von den Unternehmern geplant war, nachdem erst in den vergangenen Monaten der Lohn bis zu 32 Prozent gekürzt worden war! Auf den Streikbeschuß hin wurde der Lohnabbau zurückgezogen.

Streik in einer Berliner Marinieranstalt.

Die 100 Arbeiterinnen der Marinieranstalt Mortensen am Wedding in Berlin sind gegen einen Lohnraub von 8 1/2 Prozent in den Streik getreten. Schon im vergangenen Jahr war es den Arbeiterinnen gelungen, durch einen Streik einen zwanzigprozentigen Lohnabbau zu verhindern.

Die Belegschaft der Auto-Reparaturwerkstätte Hanco G. m. b. H. in Berlin-Halensee trat in den Streik zur Abwehr eines Lohnraubes von 6 1/2 Prozent und zur Er kämpfung besserer Arbeitsbedingungen, da die Zustände in dem Betrieb aller Beschreibung spotten.

bedeutende Unterstützungsbeträge zugegangen von den Eisenbahnverbänden in Großbritannien (National Union of Railwaymen and Railway Clerks Association), Holland, Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Oesterreich, Schweden, Dänemark, sowie vom englischen Gewerkschaftsbund.

Die Macht der Organisation.

(ITF.) Den Streckenarbeitern dreier amerikanischen Eisenbahngesellschaften, deren Personal nicht organisiert ist, wurde der tägliche Verdienst (bei 1stündiger Arbeitszeit) auf einen Dollar herabgeschraubt. Sie arbeiten zu den niedrigsten Arbeitsbedingungen, die seit 30 Jahren geltend haben. Die Löhne der organisierten Arbeiter dagegen blieben erhalten.

Nicole schwerkrank.

Der Schweizer Sozialist Nicole, der sich seit den blutigen Vorfällen in Genf am 9. November 1932 in Untersuchungshaft befindet, ist kürzlich in ein Krankenhaus überführt worden und wird demnächst in ein Gebirgssanatorium gebracht werden. Nicole war schon immer lungenkrank. Wenn aber jetzt sogar die Gefängnisbehörden es für notwendig erachten, daß er in ein Sanatorium kommt, während er vor wenigen Wochen noch aktiv politisch arbeiten konnte, so muß sich sein Zustand so verschlechtert haben, daß zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gegeben ist.

Der Tote im Kanalrohr.

Die Kriminalpolizei Halle teilt mit, daß es sich bei der rätselhaften Angelegenheit der Auffindung eines schwer verletzten Mannes in einer Kanalröhre nicht um einen Mord, sondern um Selbstmord handle. Der Invalide Voosen habe sich die Pulsadern geöffnet und sei dann in die Röhre gekrochen, wo er erstickte.

„Die Generale der Republik“.

Ueber dieses Thema spricht im Rahmen eines Sonderabends auf Einladung der „Deutschen Liga für Menschenrechte“ Wilhelm Herzog im Freitag, dem 6. Januar 1933 um 20.30 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15. Vorsitz Heinrich Mann. Karten an der Abendkasse.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Echter, Berlin. Anzeigen: R. Linemann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: 0 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funke“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bewirbt bei Einzelnen
unsere Inserate!

VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19
Vegetarische Gaststätte
Neuzellliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich
Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Sonnenblumen-Oel
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Butter
Käse, Eier
Landbrot
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Geinhausen

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Fertwagler, Ungarische Tänze Nr. 1 und 3, von Brahms
Plattenpreis: 3,25 Mark
Fertwagler, Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-Dur, v. J. S. Bach
oder Air aus Suite D-Dur, von J. S. Bach
Plattenpreis: je 5,40 Mark
Otto Pflotenauer, Welmar, Gläserstr. 14.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg?
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Kleiderbockhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderel
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.
Postcheckkonto: Berlin 31242.


POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER
Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
Seit 30. Dezember: 2 Schauspieler von
Weltrui in ihren lustigen Komödien:
„Der brave Sünder“
mit Max Pallenberg,
Regie: Fritz Kortner
„Hurra, ich lebe!“
mit Nicolai Kolin.
Anfangszeit: 18. 17. 19 und 21 Uhr

Das sogenannte staatliche Notrecht.

Hk. „Ein staatliches Notrecht, das in schwierigen Zeitläuften der Regierung oder ihren Stellvertretern ohne weiteres das Recht geben würde, sich über die Rechtsordnung hinwegzusetzen und sich diktatorische Befugnisse beizulegen, könne nicht anerkannt werden.“

Dieser wichtige Satz ist enthalten in der jetzt veröffentlichten Urteilsbegründung einer Reichsgerichtsentscheidung. Die Regierung, die sich hier „über die Rechtsordnung hinweggesetzt“ hatte, ist die sächsische Regierung. Sie hatte im Juli 1919 die Leitung eines Braunkohlenwerks vom Weiterbetrieb des Unternehmens ausgeschlossen und selber für eine Zeitlang die Verteilung der auf dem fraglichen Werk geförderten Kohle an die Verbraucher übernommen. Dieser Eingriff widersprach dem geltenden Eigentumsrecht. Das fragliche Braunkohlenwerk hatte dann auf Schadenersatz geklagt; das Oberlandesgericht Dresden wies diese Klage zurück, entschied also zu Gunsten des Freistaats Sachsen. Im Revisionsverfahren hat nun das Reichsgericht nach zehnjährigem Prozeß gegen den sächsischen Staat entschieden.

Der zitierte Satz aus der Reichsgerichtsentscheidung spricht eine Selbstverständlichkeit aus. Denn es ist eine notwendige Aufgabe des Staates, die Wahrung einer durch geschriebene, positive Gesetze festgelegten Rechtsordnung zu sichern. Der Staat soll Garant der positiven Rechtsordnung sein. Wenn wir das beachten, so können wir den zitierten Satz auch so ausdrücken: „Die Rechtsordnung erlaubt dem Garant der Rechtsordnung nicht, sich über die Rechtsordnung hinwegzusetzen“ — und in dieser Formulierung wird die Selbstverständlichkeit deutlich.

Eine schriftlich fixierte positive Rechtsordnung stellt allerdings immer nur eine Annäherung an die Anforderungen der Gerechtigkeit dar. Jedes positive Gesetz kann sich also einmal als mangelhaft herausstellen. Ein solcher Mangel kann aber nur behoben werden, indem das mangelhafte Gesetz auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege geändert und verbessert wird. Würde man es ungeändert auf dem Papier stehen lassen, es jedoch in dem fraglichen Fall, in dem es sich als mangelhaft herausstellte, ignorieren, so würde man den Mangel nicht nur nicht beseitigen, sondern einen viel ärgeren Mangel hinzufügen: man würde den jeweiligen Machthaber von der Verbindlichkeit der Gesetze ausnehmen, ihm erlauben, „sich über die Rechtsordnung hinwegzusetzen“. Das würde die Rechtssicherheit auf das schwerste untergraben; denn an die Stelle der positiven Gesetze würde so der Satz treten: die jeweilige Regierung darf tun und lassen, was sie will; höflicher, in der in Leipzig gebräuchlichen Sprache, ausgedrückt: der Reichspräsident ist ausschließlich seinem „pflichtgemäßen Ermessen“ unterworfen.

Die Worte vom „pflichtgemäßen Ermessen“ haben in der Staatsgerichtshof-Entscheidung über den 20. Juli 1932 eine große Rolle gespielt; die Höflichkeit des Ausdrucks hat die Gefahr einer Untergrabung der Rechtssicherheit, die auch mit dem Notstandsrecht des Artikels 48 verbunden ist, nicht gebannt, nicht einmal verdecken können. Es wäre interessant, die Mitglieder der Regierung Braun darüber zu hören, ob sie sich heute in Deutschland in einem Zustand der Rechtssicherheit fühlen oder nicht.

Nach der Auslegung, die der Staatsgerichtshof dem Artikel 48 gegeben hat, steht es weitgehend im „freien Ermessen“ des Reichspräsidenten, wie weit er sich an den Wortlaut der Reichsverfassung binden will. Das deutsche Staatsrecht ist damit auf dem Wege zu folgender

Diktatur-Formel:

wenn dem Reichspräsidenten die öffentliche Ordnung gestört erscheint, so darf er mit der Verfassung das tun, was ihm zur Wiederherstellung der Ordnung notwendig erscheint.

Eine solche Auslegung des Artikels 48 würde offensichtlich die Bestimmungen der Reichsverfassung zu bloßen Wunschformeln herabwerten. Die im vergangenen Jahre in Deutschland geübte Praxis des Artikels 48 war bereits auf diesem Niveau. Der Staatsgerichtshof ist in seinem Urteil zum Reich-Preußen-Konflikt nicht ganz so weit gegangen. Er hat festgestellt, „daß der Reichspräsident bei einem Vorgehen zum Zwecke der vorübergehenden Außerkräftsetzung der sieben Grundrechte der Verfassung an die übrigen in Kraft bleibenden (?) Vorschriften der Reichsverfassung gebunden ist“. Ein unglücklicher Wortlaut! Unter anderem ist nicht klipp und klar gesagt, daß der Reichspräsident andere als die Artikel über die sieben Grundrechte jedenfalls nicht außer Kraft setzen darf. Der Artikel 48 bleibt also

eine furchtbare Unterhöhnung der Reichsverfassung, vor allem der sieben Grundrechte:

der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung, des Brief- und Postgeheimnisses, der freien Meinungs-

Der Streit um Neudeck.

R. H. Eine eigenartige Pressefehde wird zur Zeit zwischen dem Freund des Reichspräsidenten von Hindenburg, dem alten Herrn von Oldenburg-Januschau und dem General Ludendorff ausgetragen.

Der Affäre liegen die Vorgänge bei der Schenkung des Gutes und Schlosses Burg Neudeck an Hindenburg anlässlich seines achtzigsten Geburtstages zu Grunde. Das Geld für diese Schenkung wurde durch Sammlungen aufgebracht. Das Gut wurde jedoch nicht Hindenburg selber übergeben, sondern seinem Sohne, dem Obersten von Hindenburg, mit der Bestimmung, daß dem Reichspräsidenten die Nutznießung vorbehalten bleibe. Auf diese elegante Weise wurde die

Zahlung der Erbschaftsteuer umgangen,

die sonst der Oberst von Hindenburg nach dem Tode seines Vaters hätte aufbringen müssen. Ebenso wurde aber auch keine Schenkungssteuer bezahlt,

da das Finanzministerium „angesichts der Schwierigkeiten, einen Stempel für ein Geschenk festzustellen, das Tausende von Leuten in ganz verschiedenen Beträgen zusammenbrachten“, auf Erhebung eines Schenkungsstempels — verzichtete. (!) Trotz aller Bemühungen reichte das gesammelte Geld jedoch nicht aus, um die auf dem Gut lastende Schuld in Höhe von 450 000 Mark auch noch abzutragen, und so erhielt der Reichspräsident dann das zweifelhafte Geburtstagsgeschenk eines mit einer halben Million Mark Schulden belasteten Rittergutes, das wohl mehr oder weniger unrentabel ist, wie heute die meisten landwirtschaftlichen Großgüter.

äußerung, der Versammlungsfreiheit, der Koalitionsfreiheit und des Privateigentums.

Das Reichsgericht hat ein in das geltende bürgerliche Recht eingreifendes staatliches Notstandsrecht abgelehnt. Schön; um so bedauerlicher bleibt es, daß der Staatsgerichtshof auf dem bedeutungsvolleren Gebiet des Verfassungsrechts so weitgehend ein staatliches Notstandsrecht anerkannt hat.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. Bernhard Grund, hat nun an verschiedene zahlungsfähige Personen, insbesondere der Hochfinanz und Großindustrie, einen Brief geschrieben, den Ludendorff in seiner „Volkswarte“ abdruckt, in dem gebeten wird, diese Schuldsumme durch Schenkungsbeträge in Höhe von je 500 Mark auch noch abzulösen. Die Schenkungsgelder sollten an die Dresdener Bank auf

Konto „Hindenburg-Dank“

eingezahlt werden.

Ludendorff macht nun dem Junker von Oldenburg-Januschau, der das Schenkungsunternehmen eingeleitet und durchgeführt hat, den Vorwurf, er sei bei der Zuteilung von Geldern aus der Osthilfe ganz außerordentlich begünstigt worden. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich der alte Januschauer mit der ihm eigenen Heftigkeit in einem offenen Brief in der „Kreuz-Zeitung“, ohne die Tatsache der Steuerumgehungen selber zu bestreiten. Diese interessieren uns aber in diesem Zusammenhang allein, während der persönliche Streit zwischen den beiden Haudegen dagegen in den Hintergrund tritt.

Von gut orientierter Seite wird dem Geschenk der Junker und Kapitalisten an den greisen Reichspräsidenten übrigens ein ganz anderer Zweck beigelegt. Hindenburg sollte nämlich selber schlechte Erfahrungen über die „Not der Landwirtschaft“ (lies: der bankrotten Großgrundbesitzer) sammeln, indem man ihm ein hochbelastetes und schlecht gehendes Gut zum „Geschenk“ machte. Dieses Ziel scheint tatsächlich erreicht worden zu sein.

Otto Braun verhandelt weiter mit Schleicher.

Der vom Staatsgerichtshof anerkannte preußische Ministerpräsident Otto Braun hat vor einigen Tagen ein ausführliches Schreiben an den Reichskanzler von Schleicher gerichtet, in dem er alle schon mit dem früheren Reichskanzler von Papen und mit dem Reichskommissar Bracht erörterten Forderungen und Beschwerden des preußischen Staatsministeriums wiederholt. Es ist nun im Anschluß an diesen Briefwechsel eine Unterredung Brauns mit Schleicher vereinbart worden, doch soll anscheinend noch die Entscheidung des am 4. Januar tagenden Ältestenausschusses des Reichstags über die Einberufung des Reichstags abgewartet werden, da diese auch für die Besprechung der preußischen Angelegenheiten von Bedeutung ist. Daß Braun diese Komödie noch mitmacht, nachdem ganz offensichtlich ist, daß es sich hier jetzt um eine Machfrage, nicht um eine Frage des Rechts handelt, da nicht einmal die Entscheidung des Staatsgerichtshofes eingehalten wird, ist unverständlich. Die Presse der Reaktion macht sich nur noch lustig über diese „Hoheitsregierung“ von Preußen.

Pfälzische Städte können Amerikaanleihen nicht mehr tilgen.

Die pfälzischen Städte Ludwigshafen am Rhein, Kaiserslautern, Speyer, Frankenthal, Neustadt an der Haardt, Zweibrücken und Landau hatten im Jahre 1926 in Amerika gemeinsam eine Anleihe von 3,8 Millionen Dollar aufgenommen. Die Gelder wurden für den Ausbau der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke verwandt. Bisher konnten die Zins- und Tilgungsraten noch immer zu den festgesetzten Fristen aufgebracht werden. Die am 1. Januar 1933 fällige Zinssumme von 410 000 Mark konnte zwar noch mit großen Schwierigkeiten aufgebracht werden, dagegen war es unmöglich, gleichzeitig auch noch die zum selben Termin fällige Tilgungssumme von 590 000 Mark zu zahlen, da die Finanzkraft der an der Anleihe beteiligten Städte infolge der gerade die Rheinpfalz besonders hart treffenden Wirtschaftskrise und der damit verbundenen hohen Wohlfahrtslasten völlig erschöpft ist. Es wird jetzt von den Städten mit den amerikanischen Gläubigern verhandelt.

Wilhelm Cuno, der Reichskanzler des passiven Widerstandes und der Inflation, ist am 8. Januar an einem Herzschlag gestorben.

Auflösung der Deutschen Staatspartei?

Am Sonntag, dem 8. Januar, tritt in Berlin der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei zusammen, um über die Frage der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zu verhandeln, auf dem über die Auflösung der Partei Beschluß gefaßt werden soll. Bei der Reichstagswahl erhielt die Deutsche Staatspartei nur noch 338 600 Stimmen und zwei Sitze im Reichstag. Für eine demokratische Partei ein hinreichender Grund, um ihre Tätigkeit im öffentlichen Leben einzustellen.

Nazi-Bennecke kehrt nach Dresden zurück.

Der noch unter dem Schutze der Immunität als Landtagsabgeordneter stehende Leiter der Dresdener SA und des nationalsozialistischen „Geheimdienstes“, Dr. Bennecke, der Vorgesetzte des bestialisch ermordeten Hentsch und wahrscheinlich auch Komplize der Mörder, ist am Dienstag von seinem „Urlaub“ nach Dresden zurückgekehrt. Hoffentlich wird die Immunität dieses sauberen Abgeordneten bald aufgehoben und eine gründliche Untersuchung gegen Bennecke eingeleitet.

Wer schützt die Wiener Universität?

Nachdem die Wiener Universität verschiedene Male infolge von wüsten Ausschreitungen von Nationalsozialisten gegen jüdische und sozialistische Studenten geschlossen werden mußte, hat der Rektor der Universität eine Anzahl Schutzmaßnahmen gegen eine Wiederholung derartiger Vorfälle getroffen. Parteiuniformen, Abzeichen und Waffen dürfen innerhalb der Universität nicht getragen werden. Eine Ueberschreitung dieser Vorschrift ziehe Religiierung (Ausweisung von den Universität) nach sich. Ferner wird ein Ausweisungswang eingeführt. Von besonderer Wichtigkeit ist die Einführung einer

akademischen Legion,

die aus Studenten der Universität zusammengestellt wird und den Pedellen und Dienern bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zur Seite stehen soll. Für die akademische Legion sollen besonders vertrauenswürdige Personen gewählt werden. Hier entsteht die wichtige Frage: was für Studenten hält der Rektor der Wiener Universität für besonders vertrauenswürdig? Nach allen bisherigen Erfahrungen zu urteilen, kann man nur annehmen, daß er die Aufgabe der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung den Ruhestörern selber, den Nazis übertragen wird, die er bei allen bisherigen Vorfällen beschützt hat. Es ist also möglich, daß künftig die Nazis, die politisch linkstehende Studenten bisher nur als Rowdies überfallen haben, dies künftig als offizielle Ordner der Universität — und als solche durch eine Armbinde gekennzeichnet — besorgen werden.

Die Vertreter europäischer Zivilisation bei den „Wilden“ Mittelamerikas.

In Kingston, der Hauptstadt der britischen Kolonie Jamaica, kam es zu

tollen Ausschreitungen der britischen Truppen gegen die eingeborene Bevölkerung.

Die Truppen — die Northumberland Fusiliere, eines der berühmtesten Regimenter des Königs von England — gerieten in Wut, weil angeblich ein britischer Soldat von Eingeborenen ermordet worden ist. Der größte Teil des Regiments zog durch die Stadt und zerstörte alles, was auf dem Wege zu finden war: Läden und Fenster wurden zertrümmert, Straßenbahnen angehalten und aus den Schienen geworfen, die Straßenbahnschaffner, Polizisten sowie viele andere Menschen wurden angegriffen und zum Teil schwer verwundet. Der Befehl des Kommandanten, in die Kasernen zurückzukehren, wurde von den Soldaten nicht befolgt.

Und diese Strolche maßen sich an, den Bewohnern von Jamaica Kultur beibringen zu können!

Geschichtsforscher an der Arbeit.

Schon vor 250 Jahren waren die Polen feige — und die Deutschen edelmütig, fromm und kühn!

Die wackren Recken aus der Redaktionsstube der „Berliner Börsenzeitung“ sind nunmehr zur Geschichtsforschung übergegangen, um Munition zum Kampf gegen die östlichen Nachbarn ihres Vaterlandes zu beschaffen. Den äußeren Anlaß zu diesen Geschichtsstudien gab die Mitteilung des Erzbischofs von Wien, daß er zum nächsten deutschen Katholikentag, der ein Erinnerungsfest an die Rettung Wiens von der Türkegefahr durch die Schlacht am Kahlenberg am 12. September 1683 sein soll, Vertreter aller jener Völker eingeladen habe, die damals mit dem kaiserlich deutschen Heer vor Wien kämpften. Das „Unglück“ will es, daß die Feindschaft zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn noch keine 250 Jahre alt ist, daß damals Deutsche und Polen und Tschechen unter einer Flagge kämpften.

Nein, es ist nicht wahr, daß sie gemeinsam kämpften! Die „BBZ“ hat das einwandfrei festgestellt: an jenem denkwürdigen Tage haben die „wackren Sachsen des Kurfürsten Johann Georg III.“ in der Zeit von

morgens um 5 bis mittags um 12 Uhr

gegen die Türken gekämpft und sie geschlagen. Und erst als die Türken sich schon zur Flucht wandten, kam die polnische Reiterei herbei

„und verwandelte die Niederlage in eine Vernichtung. Der kaiserliche Befehlshaber mußte aber alsbald einen Befehl

herausgeben, jeden polnischen Plünderer auf frischer Tat zu erschießen; denn die Polen betrieben das Plündern so gründlich, daß sie nicht mehr zwischen türkischer Beute und dem Eigentum der deutschen Einwohner zu unterscheiden wußten.“

Nachdem es also dokumentarisch und einwandfrei nachgewiesen worden ist, daß die Polen am 12. September 1683 erst nach 12 Uhr mittags zum Kampf gegen die Türken erschienen sind und damals schon ebenso gierig sich gebärdeten wie heute, da außerdem die Befreiung Wiens ein Werk von Katholiken und Protestanten war, da hätte es sich der Erzbischof von Wien doch versagen können, diese „polnisch-tschechische Peinlichkeit“ hervorzuheben! Wir sind ja nicht kleinlich, so meint die „BBZ“: hätte die Feier in einem gesamtdeutschen Rahmen stattgefunden, so hätte man sogar eine von Takt und Höflichkeit diktierte Einladung an die Polen abgeben lassen. . . .

Diejenigen, die sich zur Kriegshetze auf die Geschichtsforschung verlegen, möchten wir daran erinnern, daß sie sich da auf gefährlichen Boden begeben. Ohne 250 Jahre in der deutschen Geschichte zurückzugehen kann man zum Beispiel feststellen, daß der Versailler Vertrag im Vertrag von Brest-Litowsk sein Vorbild gefunden hat und daß die angeblich so sehr auf einen Ueberfall auf Deutschland erpichten Franzosen von den edlen deutschen Recken erst vor kurzem, 1914, überfallen worden sind.

Amtliche Lohnraub-Statistik.

Das Statistische Reichsamt zieht die Bilanz aus einer Reihe von Einzelerhebungen über die Arbeitsbedingungen in der metallverarbeitenden Industrie. Es handelt sich um Erhebungen vom Oktober 1928 und Oktober 1931, die 282 000 beziehungsweise 214 000 Arbeiter erfaßten. Teilweise ist eine Vergleichung bis in die Gegenwart fortgeführt. Welches sind die für uns interessantesten Ergebnisse all dieser Berechnungen?

Im Oktober 1931 betragen die durchschnittlichen Stundenverdienste für:

	bei Zeitlohn	bei Stücklohn
Facharbeiter	106 Pfennig	115 Pfennig
Angelernte Arbeiter	87 „	102 „
Hilfsarbeiter	79 „	95 „
Weibliche Arbeiter	55 „	65 „

Die durchschnittlichen Tariflohnsätze waren im Oktober 1931 um 1,3 Prozent niedriger als im Oktober 1928. Der gesamte Rückgang der Verdienste während dieser drei Jahre beruht, wie die folgende Tabelle zeigt, vor allem auf dem Rückgang der wöchentlichen Arbeitszeit. Die Bruttowochenverdienste sind im Durchschnitt um 21 Prozent zurückgegangen; von diesem Rückgang entfallen auf:

Tariflohnsenkungen	1,4%
Fortfall von Zuschlägen für nichtregelmäßige Ueber-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden	0,3%
Senkung der übertariflichen Verdienste und Fortfall von sonstigen tariflichen Zuschlägen (insbesondere für Mehrstunden)	2,4%
Arbeitszeitverkürzung	17,2%
Summe	21,3%

Der Einbruch in die tariflichen Stundenverdienste erfolgte erst durch die Brüningsche Notverordnung vom Dezember 1931. Ihr zufolge trat am 1. Januar eine Kürzung der Tarifsätze um 13 Prozent ein.

Im November 1931 lagen die Tarifsätze durchschnittlich um 13,6 Prozent unter dem Stand vom Oktober 1931. Für die Wochenverdienste ergab sich nur ein winziger Ausgleich durch Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um 2,5 Prozent. Wichtiger ist, daß die Lebenshaltungskosten — nach der un-

genauen amtlichen Berechnung — vom Oktober 1931 bis zum November 1932 um 10,8 Prozent sanken.

Hat sich also die Lage der beschäftigten Metallarbeiter während des Jahres 1931 nicht verschlechtert? O doch! Denn wir dürfen zum Beispiel die Beschäftigtensteuer und die Bürgersteuer nicht vergessen. Allein die Bürgersteuer macht ja in vielen Gemeinden jährlich 50 Mark aus.

Ferner wird bei solchen statistischen Vergleichen nur allzu leicht vergessen, daß es in Deutschland bei rund 8 Millionen Vollbeschäftigten 3 Millionen Erwerbslose gibt, die von keiner öffentlichen Stelle unterstützt werden. Das heißt: Je zwei bis drei Vollbeschäftigte müssen einen Erwerbslosen mit durchschleppen.

Die Vergleichung der heutigen mit den Vorkriegsverhältnissen zeigt, wieviel Umstände bei einer solchen Vergleichung bedacht werden müssen:

Die durchschnittlichen Stundenverdienste lagen im Oktober 1931 geldmäßig um 70 Prozent über dem Vorkriegsstand. Das klingt sehr schön!

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug aber nur noch 70 Prozent der Vorkriegsarbeitszeit. Die geldmäßige Erhöhung der Brutto-Wochenverdienste ist also bereits wesentlich niedriger; sie beträgt 18 Prozent. Aber auch diese Ziffer gibt ein völlig schiefes Bild.

Wenn man die Kaufkraftminderung des Geldes gegenüber der Vorkriegszeit in Betracht zieht, so ergibt sich: Der reale Wochenverdienst ist im Oktober 1931 auf 89 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken.

Aber auch diese Prozentziffer vernachlässigt einen leicht meßbaren Umstand, nämlich die Aenderungen der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge. Das Statistische Reichsamt berücksichtigt auch diese Veränderungen und errechnet dann:

Der durchschnittliche reale Wochenverdienst der Beschäftigten ist im Oktober 1931 auf 83 Prozent des Vorkriegsstandes gesunken.

H. H.

Kein Druckfehler: Zinsfuß hoch wegen Zinssenkungen.

In unserem Neujaars-Aufsatz bezeichneten wir den Umstand, daß der Zinsfuß in Deutschland noch immer sehr hoch ist, als „eine natürliche und voraussehbare Folge der zwangsweisen Zinssenkungen, Stillhaltungen und der durch sie hervorgerufenen Vertrauensstörungen.“

Es handelt sich hier, wie wir auf eine Anfrage mitteilen, um keinen Druckfehler.

Die zwangsweisen Zinssenkungen haben lediglich die Zinsen für bereits bestehende Hypotheken und andere langfristige Darlehen herabgesetzt. Die Notverordner wußten genau, daß sie für neue Darlehen oder auch nur die Verlängerung alter Darlehen den Zinsfuß nicht kommandieren können. Sie machten daher diejenigen Darlehen, für die sie den Zinssatz mit einem Ruck herabgesetzt haben, für längere Zeit unklünder; sie zwangen die Gläubiger also zum Stillhalten, weil sie sehr wohl wußten, sonst würden die betreffenden Darlehen von den Gläubigern schleunigst gekündigt werden, und diese hätten entweder neue Darlehensverträge — wieder zu höheren Zinssätzen! — abgeschlossen oder aber den alten Schuldnern die Darlehen überhaupt gekündigt.

Was jene Notverordner also offenbar im voraus wußten, ist eingetreten: Die Zinssätze auf dem freien Markt folgten der gewaltsamen Zinssenkung nicht. Ja, wir behaupten, sie sind heute höher, als sie es ohne jene gewaltsame Aenderung bestehender Verträge wären. Denn wer heute in Deutschland ein Darlehen gibt, der weiß nicht, ob nicht ähnliche Zinssenkungsexperimente noch drohen; ja er weiß nicht, ob nicht am Ende allgemein, wie bereits im Osthilfgebiet, Schuldschulden herabgesetzt werden. Dieses Risiko kalkuliert er in den Zinssatz ein. Er verlangt also heute einen höheren Zins, als er sonst verlangen würde. Kurz: Der Zinsfuß ist hoch, weil zwangsweise Zinssenkungen stattgefunden haben. Rpt.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

18. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital verteilt im Jahre	
	1931	1932
(in Prozenten)		
Bürgerbräu A.-G., Ludwigshafen a. Rh.	10	7
Gorkauer Societäts-Brauerei A.-G., Zopten-Gorkau	8	7
Zuckerfabrik Rheingau A.-G., Worms	7	7
Billbrauerei A.-G., Hamburg	?	8
Görlitzer Aktienbrauerei, Görlitz	8	8*
Hackerbräu A.-G., München	8	8*
Vereinsbrauerei Herrenhausen A.-G., Hannover-Herrenhausen	8	8
Gladbacher Wollindustrie A.-G., M.-Gladbach	11	9*
Städtische Werke A.-G., Kassel	11	9*
Fr. Hesser Maschinenfabrik A.-G., Stuttgart-Cannstatt	12	10*
Dortmunder Aktien-Brauerei, Dortmund	10	10*
Pommersche Provinzial-Zuckersiederei A.-G., Stettin	10	10*
Maschinenfabrik Meer A.-G., M.-Gladbach	?	10
Grünerbräu A.-G., Fürth i. B.	12	12
Bast A.-G., Nürnberg	12	12

*) Vorgeschlagen.

217 deutsche Aktiengesellschaften verteilten 1932 7 Prozent Dividende und mehr.

Im Anschluß an unsere 18 Listen geben wir hier einen Gesamtüberblick über die „noch gutgehenden Unternehmungen“ in Deutschland im Jahre 1932. Unsere Berichterstattung umfaßt alle Aktiengesellschaften mit Ausnahme der Banken und Versicherungsgesellschaften.

Anzahl der Gesellschaften	Dividende auf das Stammkapital verteilt im Jahre 1932	
	(in Prozenten)	
45	7	
67	8	
13	9	
57	10	
1	11	
17	12	
1	13	
5	14	
7	15	

Außerdem zahlte je eine Aktiengesellschaft 16, 24, 25 und 37 Prozent Dividende aus. H. H.

Ausbau der japanischen Schwerindustrie.

Als Beleg zu unserer Behauptung über die Wirkungen des mandchurischen Krieges auf die japanische Industrie veröffentlichten wir hier einen Bericht über den Ausbau der Eisenindustrie in Japan. In ihr werden Kriegsgewinne gemacht. Sie sollen, wie der Bericht klar ergibt, in der Mandchurei angelegt werden. So wird die Rüstung für den nächsten Krieg verstärkt.

Hier der sachliche Bericht:
Die japanische Großeisenindustrie befindet sich seit einiger Zeit in einem ausgesprochenen Ausbauprozess. Eigene neue private Werke werden geplant oder sind zum Teil schon in Betrieb genommen worden; andere Werke bereiten Vergrößerungen ihrer bestehenden Anlagen vor oder denken daran, die Ausbringung neuer Arten von Walzwerkmaterial in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen. Daneben geht die Regierung daran, durch eine erhebliche Erweiterung des Programms der Staatswerke zu Yawata sowie durch die im Laufe des nächsten Jahres in Angriff zu nehmende

Errichtung der Showa-Werke bei Anshan in dem neuen Mandchuko-Freistaat

den ersten Schritt zu einem „systematischen“ Zusammenarbeiten der einzelnen Werke der gesamten Großeisenindustrie zu tun.

Vieles von dem, was heute in der Öffentlichkeit von diesen Erweiterungsplänen bekannt wird, mag noch Zukunftsmusik sein und im Stadium der „Projektierung“ stecken bleiben. Doch sind einige der Ausbaupläne zum Teil schon Wirklichkeit geworden, andere stehen vor der Inangriffnahme, und außerdem ist die Absicht der Regierung, durch die Werksprogramme der Showa- und der Yawata-Werke das Hand-in-Hand-Arbeiten der ganzen Industrie einheitlich zu gestalten, ernst genug, um ein Eingehen auf das zunächst Feststellbare dieses ganzen Ausbaus zu rechtfertigen.

Die nachstehenden Ausführungen behandeln das Gebiet der Erzeugung von Roheisen, von im Stahlwerk hergestellten schmiedbaren Eisen sowie von größerem Walzwerkshalbzeug.

1. Hochofenbetriebe.

Das Stabeisen- und Walzdrahtwerk „Asano Kokura Seikoshu“ in Kokura auf der Insel Kyushu hat beschlossen, den Bau von zwei Hochofen mit einer Tagesleistung von je 350 Tonnen in Angriff zu nehmen. Bisher stellte das Werk sein Flußeisen in einem ziemlich veralteten Martinwerk her, das viel Schrott verbrauchte und das benötigte Roheisen kaufte. Der Grund für die Erweiterung scheint zu sein, daß bei dem gegenwärtigen Yen-Kurs der importierte Schrott sehr teuer wird, und daß man befürchtet, die Lieferung von Roheisen aus der Mandchurei könnte mit der Fertigstellung der Showa-Werke zu Ende gehen.

Das Asano Kokura-Werk beabsichtigt das Erz für seine Hochofen aus der Mandchurei zu beziehen.

Die Stahl- und Walzwerksabteilung der dem gleichen Konzern gehörigen Werft in Tsurumi bei Yokohama „Asano Zosenho Seitetsubu K. K.“ beabsichtigt aus den gleichen Gründen den Bau eines weiteren neuen Hochofens mit einer Tagesleistung von 150 bis 200 Tonnen. Bisher hatte das Werk nur einen veralteten Hochofen mit einer Tagesleistung von 150 Tonnen in Betrieb, dem allerdings eine ganz moderne, aus Deutschland bezogene Brikettierungsanlage angegliedert ist.

Die Staatswerke zu Yawata haben schon in den ersten Monaten dieses Jahres mit der Errichtung des zweiten großen Hochofens auf dem Aufschüttungsgelände von Kukioka begonnen; dieser Ofen, der nach dem Vorbild des bisher größten japanischen, von der „Demag“ gelieferten Hochofens von über 500 Tonnen Tagesleistung gebaut wird, war schon im Jahre 1929 projektiert worden, sein Bau wurde aber bisher infolge der wachsenden Unterbilanz der Werke immer wieder verschoben. Nunmehr ist die Errichtung so weit vorgeschritten, daß mit dem Anblasen des Ofens im September 1933 zu rechnen ist. Außerdem haben die Staats-

werke einen seit längerer Zeit gedämpften Hochofen von 300 Tonnen Tagesleistung kürzlich wieder angeblasen.

2. Stahlwerksbetriebe.

Hier ist an erster Stelle der Beschluß der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft zu nennen, in Einverständnis mit dem Uebersee- und dem Handelsministerium im Laufe des nächsten Etatsjahres mit der Errichtung der schon fast zur Legende gewordenen „Showa-Werke“ anzufangen und den Bau innerhalb von drei Jahren zu beenden. Die Werke, über deren Errichtung auf koreanischem Boden bisher eine Anzahl irreführender Gerüchte verbreitet worden war, werden nunmehr an dem dafür von Anfang an vorgesehenen Standort, in größter Nähe ihrer Rohelsenquelle, der Anshan-Werke in der Mandchurei, endgültig gebaut; die Erzeugung von Rohstahl soll in einer Maximalausbringungsmenge von jährlich bis zu 500 000 Tonnen erfolgen. 170 000 Tonnen von dieser Menge sind in der Form von vorgewalzten kleineren Blöcken und Knüppeln zur Versorgung der weiter verarbeitenden Walzwerke im eigentlichen Japan bestimmt, ebenso wie 130 000 Tonnen Platinen. Die restlichen 200 000 Tonnen sollen zu Walzwerksfertigmateriale, vor allem Walzdraht und Röhrenstreifen, an Ort und Stelle weiter ausgewalzt werden.

Die Staatswerke zu Yawata beabsichtigen im nächsten Etatsjahr, also vom 1. April 1933 ab, die Errichtung eines neuen Martin-Werkes, bestehend aus vier neuen großen Kippöfen des Talbots-Systems. Man will damit in der Lage sein, die Gesamtrahstahlerzeugung der Staatswerke so zu steigern, daß schon im nächsten Etatsjahr die Gesamtausbringung von Walzwerksfertigmateriale 120 000 Tonnen erreicht. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die Gesamtausbringung von Walzwerksfertigmateriale durch die Yawata-Werke im Jahre 1931 664 024 Tonnen und im ersten Halbjahr von 1932 trotz gesteigerter Tätigkeit immer noch nicht mehr als 402 671 Tonnen betrug. Eine Durchführung des erwähnten Projekts würde eine gewaltige Steigerung der staatlichen Rohstahlerzeugung bedeuten, dürfte allerdings den Etat der Werke auch mit ganz erheblichen Neuausgaben belasten.

Die Bedeutung dieser „Aufbauarbeiten“ kennzeichnen wir am besten mit den Worten Matsuokas, des japanischen Vertreters beim Völkerbund, der über den Aufbau der Schwerindustrie in der Sowjet-Union kürzlich sagte:

„Glücklicher- oder unglücklicherweise weiß jedermann, daß die Schwerindustrie dazu geeignet ist, einen großen Rüstungsapparat aufzubauen.“ -t.

Reichsbank am Jahreschluß.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-umlauf
23. 12. 1931	985	170	55	178	3740	4512	407	6288
31. 12. 1931	984	172	98	245	4144	4776	755	6679
23. 11. 1932	819	115	7	86	2529	3306	429	5242
30. 11. 1932	827	110	35	207	2781	3581	418	5604
23. 12. 1932	800	118	9	108	2546	3771	386	5365
31. 12. 1932	806	114	1	176	2806	3560	540	5657

Nicht einmal das Jahresende vermochte das Geschäft der Reichsbank, das — ein Spiegelbild der Wirtschaft — klein und schrumpfend aussieht, etwas zu beleben. Die zusätzlichen Ausleihungen machen nur 325 Millionen Mark aus, also weniger als in den meisten vorhergehenden Monaten. Die Ausleihungen insgesamt sind nur um 10 Millionen Mark höher als Ende November und sind niedriger als an den meisten vorhergehenden Monatsenden.

Die Deckungsbestände haben um 2 Millionen Mark zugenommen.

Bemerkenswert ist lediglich noch die verhältnismäßig starke Zunahme der Giroguthaben, die im Zusammenhang steht mit den Jahresabschlußbilanzen der Banken. Diese legen nämlich Wert darauf, in ihren Bilanzen möglichst flüssig zu erscheinen. Zu diesem Zweck reihen sie bei der Reichsbank vor Jahreschluß Wechsel ein und lassen sich den Gegenwert auf Giro-Konto gutschreiben. (Ein Giroguthaben ist für die Banken so gut wie Bargeld.) Bey.

ENGLAND

Ein weiterer Nagel zu dem Sarge der Ottawa-Verträge. Nach einer Meldung der „Times“ haben englische Firmen mit der Sowjet-Union für 1933 einen Vertrag über die Lieferung russischer Weichhölzer abgeschlossen; er betrifft fast dieselbe Höchstmenge wie der vorjährige Vertrag. — Die Kanadier, die nach den Verhandlungen in Ottawa hofften, ihr Holz über den Ozean spazieren fahren zu dürfen, werden empört sein! In Großbritannien hat offenbar das Geschäftsinteresse sich als stärker erwiesen als das Interesse an der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Weltreiches.